

**Gesellschaft – Südtirols Wohlstand hat Risse –
trotz guter Wirtschaftslage und trotz massiver Umverteilung**

Fehler im System

Es ist schwer nachvollziehbar, dass eine Vollzeitstelle nicht zum Leben reicht, sagt Landesrätin Martha Stocker. SVP-Arbeitnehmerchef Helmuth Renzler kritisiert, dass die öffentliche Hand die Arbeitgeber ersetzen muss. Die **Forderung nach höheren Löhnen** wird den Landtagswahlkampf begleiten.

Bozen/Berlin – Wer bisher noch nicht wahrhaben wollte, dass die Landtagswahl von Herbst 2018 bereits jetzt deutliche Schatten vorauswirft, dürfte es spätestens vergangene Woche gemerkt haben. Die SVP-Arbeitnehmer luden – erstmals seit einer halben Ewigkeit – geschlossen zu einer Pressekonferenz: Vorsitzender Helmuth Renzler wurde flankiert von den Landesräten Richard Theiner und Waltraud Deeg, der Abgeordneten Magdalena Amhof und Parteibobmannstellvertreter Zeno Christanell. Sie erläuterten den Medienvertretern, wie die Arbeitnehmer – laut Eigendefinition das soziale Gewissen der SVP – sich dafür einsetzen wollen, dass es möglichst allen Südtirolern finanziell einigermaßen gut geht: leistbares Wohnen, gerechte Löhne, treffsichere Sozialleistungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung und so weiter. Zum Teil nannten die Arbeitnehmer konkrete Vorschläge, zum Teil übten sie sich in Wunschenken. Die Tagesmedien berichteten.

Läuft etwas falsch? Bei den Löhnen? Bei der Umverteilung? Oder etwa bei beidem?

In Südtirol ist es ähnlich (siehe beistehenden Infokasten). Bei vielen Südtirolern sind die materiellen Sorgen eher gefühlt als reell vorhanden. Aber es gibt auch jene Südtiroler, bei denen sie reell vorhanden sind. Irgendwie erschreckt das in einem Land, dessen Wirtschaft wächst, das Vollbeschäftigung hat und das darüber hinaus über den fetten Landeshaushalt eine massive Umverteilung betreibt. Erst am Montag hat Landesrätin Martha Stocker bei einer Pressekonferenz darauf verwiesen, dass 2016 über 450 Millionen Euro im Sozialwesen ausgegeben wurden – Tendenz stei-

Es darf darauf gewettet werden, dass die Frage, ob der Südtiroler Wohlstand gerecht verteilt ist, in den kommenden Monaten ein Dauerbrenner bleibt und auch von den anderen Parteien gespielt wird. Es handelt sich um ein Thema, das die Südtiroler beschäftigt – und nicht nur die Südtiroler. In Deutschland, wo die Bundestagswahl schon im kommenden September geschlagen wird und sich der Wahlkampf deshalb bereits in der heißen Phase befindet, wird derzeit erbittert über soziale Gerechtigkeit, Wohlstandsverteilung, Einkommen und Armut gestritten. Die Diskussion darüber überstrahlt alles andere, und SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz fährt Koalitionspartner CDU in dieser Frage zuweilen hart in den Karren. Gleichzeitig gibt es Zeitgenossen, sogar unverdächtige wie den Caritas-Generalsekretär Georg Cremer, die vor einer Dramatisierung der Abstiegsdiskussion warnen und feststellen, dass es den Deutschen insgesamt heute materiell besser geht als in den 1950er-1960er- und 1970er-Jahren. Ebendiese Deutschen sehen dies vielfach anders, wohl auch deshalb, weil die Einkommensschere zwischen Gut- und Geringverdienern größer geworden ist.

gend. Es ist dies nur ein Teil der gesamten Umverteilung.

Dank massiver Umverteilung ist die Armutsgefährdung in Südtirol seit 20 Jahren unverändert – das ist die gute Nachricht. Die schlechte ist: Trotz Umverteilung gelingt es nicht, die Situation zu verbessern. Läuft etwas falsch? Bei den Löhnen? Bei der Umverteilung? Oder etwa bei beidem?

SVP-Arbeitnehmerchef Helmuth Renzler feuerte bei der erwähnten Pressekonferenz eine ordentliche Breitseite gegen die heimischen Arbeitgeber ab. „Man muss von einem Vollzeitjob auch ohne Sozialleistungen leben können. Die Arbeitgeber haben eine Verantwortung für ihre Mitbürger“, so Renz-

ler. Landesrätin Deeg pflichtet ihm bei: „Bei den Kollektivvertragsverhandlungen muss sich endlich wieder etwas tun, auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ Wenige Tage später deponierte Landesrätin Martha Stocker ihre Forderung nach Landeszusatzverträgen, „damit die Menschen ein Auskommen haben mit dem Einkommen“. Es sei nicht nachvollziehbar, dass teilweise für einen Vollzeitjob Löhne ausbezahlt werden, die ohne Sozialleistungen nicht zum Leben reichen.

Stefan Perini, der Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes AFI, gibt zu bedenken, dass die Ebene der territorialen Zusatzkollektivverträge „nicht sonderlich entwickelt“ sei und dass man in einem Land mit hohen Lebenshaltungskosten, wie Südtirol nun mal eines ist, die Sozialpartner in die Verantwortung nehmen muss. Perini ist es ein Dorn im Auge, dass die Unterneh-

men zwar wachsen, die Mitarbeiter aber nicht wirklich daran teilhaben – siehe Astat-Statistik über die real sinkenden Löhne.

Die Arbeitgeber weisen den im Raum stehenden Vorwurf, dass sie auf Kosten der Mitarbeiter Geld scheffeln, naturgemäß zurück. Es werde übertariflich bezahlt, sagen sie, in einem Vollbeschäftigungsland wie Südtirol gehe es gar nicht anders, wenn man sich die notwendigen Mitarbeiter sichern wolle. Und mit Blick auf das produzierende Gewerbe sagt Josef Negri, der Direktor des Unternehmerverbandes Südtirol (UVS): „Die Löhne sind in unseren Unternehmen inflationsbereinigt seit 2009 nicht gesunken, sondern gestiegen.“ Negri hält es durchaus für richtig, dass ständig an den Löhnen gearbeitet wird, denn die Mitarbeiter seien das größte Kapital eines Unternehmens. Er beobachtet auch eine „große Bereitschaft“ bei den UVS-Mitgliedsunternehmen, Betriebsabkommen abzuschließen und die neuen Möglichkeiten des italienischen Gesetzgebers zu nutzen, den Mitarbeitern sogenannte betriebliche Zusatzleistungen zugänglich zu machen. Die große Notwendigkeit bei alledem ist laut Negri, die Löhne stärker an die Produktivität und an den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen zu koppeln.

Der Idealzustand wäre, wenn die Löhne so ausfielen, dass es keine Umverteilung braucht

„Der Idealzustand wäre, dass die gute Wirtschaftslage – über die Löhne – bei den Bürgern so gut ankommt, dass es keine Umverteilung braucht“, meint Perini und erhält Zustimmung von Landesrat Richard Theiner: „Ziel eines funktionierenden Wirtschaftskreislaufes müsste es sein, dass es möglichst wenig Subventionen braucht.“

Subventioniert wird in Südtirol auf Teufel komm raus – so stark, dass immer öfter die Leistbarkeit von diesen und jenen Unterstützungsmaßnahmen in Frage steht. Und so entstehen Diskussionen wie derzeit bei der einheitlichen Einkommens- und Vermögenserklärung (EEVE), wo es darum geht, ob bei der Bewertung des Rechts auf eine Sozialwohnung künftig Bankeinlagen ab 20.000 Euro statt 100.000 Euro zählen sollen.

Die Umverteilung ist derart stark ausgeprägt, dass der Landeshaushalt an seine Grenzen stößt – und trotzdem reicht sie nicht. Weil ständig nach neuen Leistungen gerufen wird (derzeit beispielsweise im Zusammenhang mit dem „leistbaren Wohnen“), das Zurückfahren anderer Leistungen aber schwerfällt, selbst dann, wenn offensichtlich ist, dass sie nicht die gewünschten Effekte erzielen und vielleicht sogar kontraproduktiv sind, weil sie zum Schwindeln einladen oder preistreibend wirken. „Der Umverteilungsapparat hat seine Konstruktionsfehler“, weiß Stefan Perini. Und: „Nicht alles, was in den 1970er-Jahren gut war, ist zwingend immer noch zeitgemäß.“ Es gebe viele Mechanismen, welche Leistung bestrafen, sagt Landesrat Theiner zum Umverteilungssystem.

Landesrat Theiner: „Ich bin zuversichtlich, dass wir unser Ziel, nämlich Wohnen zu vernünftigen Preisen, erreichen.“

Eines der ganz großen Themen ist in diesen Wochen das leistbare Wohnen. Die Kosten für das Wohnen sind in Südtirol seit den 1970er-Jahren nachweislich überdurchschnittlich gewachsen. Heute muss der Durchschnittssüdtiroler mehr Monatsgehälter für das Eigenheim hinblättern als in den 1970er-Jahren. Gleichzeitig fällt die Wohnbauförderung heute bescheidener aus – im Schnitt sind es zwischen 25.000 und 30.000 Euro, während das Eigenheim mehr als zehnmal so viel kostet. Das Mieten ist ebenfalls teuer. Der vorrangige Preistreiber sind die Grundstückspreise, heißt es allseits, wobei sich die Frage stellt: Sind es wirklich nur die Grundstückspreise?

Seit das Baukollegium dem zuständigen Landesrat Richard Theiner einen revolutionären Vorschlag zur Wohnbaupolitik vorgelegt und erläutert hat und die SWZ darüber berichtete (SWZ 1/17 vom 6. Jänner, nachzulesen auf SWZonline und über die SWZapp), ist Bewegung in die Sache gekommen. Mittlerweile liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch, und Landesrat Theiner verspricht, demnächst ein Modell vorzustellen, das all die Konzepte als Anregung nimmt. Sein Versprechen ist gewagt: „Ich bin zuversichtlich, dass wir unser Ziel, nämlich Wohnen zu vernünftigen Preisen, erreichen.“ Das Thema wird vorerst aktuell bleiben. Erst am Mittwoch veranstaltete der Gewerkschaftsbund Sgb-Cisl einen Diskussionsabend zum leistbaren Wohnen.

Endgültige Antworten auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit gibt es wohl nicht. Selbst die Löhne und die Umverteilung liefern nur Teilantworten. Der Wohlstand bleibt eine ewige Baustelle.

Christian Pfeifer

➔ christian@swz.it